„Sport-Spiegel"

wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Moden- mit „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „ULK", „Haus Hof mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentl. 1,25, monatl. 5,50 RM Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 RM monatl. exkl. Zu- Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch d. Hauptexped. u. die alten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, d. Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt reits haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440—3455, für den kehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheck- Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen immten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee- Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 293
gabe für Berlin

55. Jahrgang
Donnerstag, 24. Juni 1926

as schwer gefährdete Fürstenkompromiß

Die Deutschnationalen wollen nicht weiter verhandeln.

ie Verhandlungen mit der Sozialdemokratie. — Heute Fraktionssitzungen der Regierungsparteien.

ie deutschnationale Reichstagsfraktion hat rn gegen 6 Uhr nachmittags in einer offiziösen Ver- tbarung erklärt, sie habe keine Veranlassung, ihre bisherige hnende Haltung aufzugeben und dem Gesetz zu einer Zwei- telmehrheit zu verhelfen. Die Deutschnationalen wollen den entwurf, so, wie er jetzt vorliegt, nicht annehmen. Ihre arbeit soll sich vielmehr auf eine Verschlechterung der rlage beschränken, die sie natürlich als eine Verbesse- ng, nämlich im Sinne der Fürsten, ansehen würden. s **ist eine Absage der Deutschnationalen an weitere itive Verhandlungen.** Diese Mitteilung hat im Zentrum, igens auch in den Reihen der Bayerischen Volkspartei, verstimmt und die Geneigtheit der Deutschen Volks- rtei verstärkt, mit den Sozialdemokraten zu verhandeln, durch Verständigung mit diesen zu einem Ergebnis zu gelangen. Nach Schluß der gestrigen Plenarsitzung fand **eine Besprechung Vertreter der Regierungsparteien mit den Vertretern Sozialdemokratie** statt. Die Verhandlungen, die sich bis Uhr abends hinzogen, führten zu keinem Ergebnis. Die zialdemokraten brachten eine Reihe von neuen An- ägen ein. Außer den bereits bekannten Anträgen, deren Inhalt rigens größtenteils auch von uns schon früher vertreten worden , wird ein neuer Antrag zu § 26 der Regierungsvorlage gestellt, r die zum Teil sehr beträchtlichen Renten der in früheren hrzehnten depossedierten Fürsten und der sogenannten tandesherren betrifft. Zu diesem Paragraphen, der in der Regierungsvorlage eine völlig unzureichende Fassung hat, haben die Sozialdemokraten folgenden Abänderungsantrag eingebracht: „Staatsrenten, Abfindungen oder ähnliche Staatsleistungen, die den übrigen in den Art. 57, 58 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch sowie in dem Gesetze vom 25. März 1904 bezeichneten Häusern, ihren Mitgliedern oder deren Rechtsnachfolgern auf Grund von Gesetzen, Erlassen oder Verträgen geschuldet werden, fallen entschädigungslos fort. Das gleiche gilt, soweit die Renten, Abfindungen oder ähnliche Staatsleistungen für die Abtragung von Hoheitsrechten oder ähnlichen öffentlichen Rechten oder für die Ueberlassung von Gegenständen geschuldet wurden, die bei den noch nicht durchgeführten Auseinandersetzungen nach § 5 Abs. 2 dieses Gesetzes als Staatseigentum zu gelten hätten."

Eine Verständigung über diesen Paragraphen wurde ebensowenig wie über eine Reihe anderer Punkte erzielt. Die Beratungen mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sollen heute nachmittag fortgesetzt werden. Man will dann auch noch einmal zu formeller Fühlungnahme an die deutschnationale Reichstagsfraktion herantreten. Es wäre vollkommen falsch, sich optimistischen Erwartungen hinzugeben. Wenn auch die Möglichkeit einer Verständigung noch nicht völlig ausgeschlossen ist, **so ist doch nicht abzusehen, wie die von der Regierung für notwendig erklärte Zweidrittelmehrheit erreicht werden kann.** In Kreisen der Regierungsparteien, deren Vertreter gestern nachmittag noch eine interfraktionelle Besprechung abhielten, wird allerdings die Erwartung geäußert, daß man mit den Sozialdemokraten zu einem Kompromiß gelangen werde. Falls der Rechtsausschuß heute seine erste Lesung beendet, wird morgen vormittag die zweite Lesung beginnen. Für heute nachmittag sind Fraktionssitzungen vorgesehen. Die Plenarsitzung wird deshalb um 4 Uhr abgebrochen werden.

(Siehe auch Seite 3.)

Das zehnte Kabinett Briand.

Entschiedene Orientierung nach links.

Caillaux Finanzminister. — Keine Beteiligung Herriots.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 23. Juni. 8 Uhr 30 Min. abends.

Herriot hat den Eintritt in die Regierung Briand-Caillaux bgelehnt. Um 6 Uhr wurde die Ministerliste bekannt, die olgende Namen enthält:

Ministerpräsident und Außenminister **Briand,**
Inneres **Durand,**
Justiz **Laval,**
Finanzen **Caillaux,**
Krieg General **Guillaumat,**
Marine **Leygues,**
Unterricht **Nogaro,**
Oeffentliche Arbeiten Daniel **Vincent,**
Handel **Chapsal** (Senator),
Arbeit **Durafour,**
Kolonien **Perrier,**
Pensionen **Jourdain,** Ackerbau **Binet.**

Die Posten der Unterstaatssekretariate werden wie folgt besetzt: Befreite Gebiete Dutreil, Finanzen Duboin (Schatz) und Piétri (Budget), Ministerpräsidentschaft Daniélou, technischer Unterricht Ramail, Handelsmarine Valude, Luftschiffahrt Laurent Eynac, Post Astier, Krieg Oberst Picot. Minister und Unterstaatssekretäre werden sich um 11½ Uhr abends ins Elysée begeben, wo Briand sein neues Ministerium dem Präsidenten der Republik vorstellen wird.

Der neue Kriegsminister General Guillaumat wurde im November 1924 zum Nachfolger des Generals Dégoutte als Oberbefehlshaber der Rheinarmee ernannt. Guillaumat hat sich im Kriege ausgezeichnet, besonders als Befehlshaber der Orientarmee. Seine große Intelligenz und sein gesunder Menschenverstand werden gerühmt. Der General Mordacq, über dessen sehr einseitiges und irreführendes Buch „La mentalité allemande" demnächst einiges gesagt werden muß, schreibt von Guillaumat, daß er die neue mildere Direktive für die Verteilung der Besatzungsarmee angenommen habe, und das sei viel wert. **Die Regierung ist in ihrer Zusammensetzung entschieden nach links orientiert;** die Mehrzahl der Minister sind Radikale.

Das „Journal des Débats", der „Temps" und ganz besonders die „Liberté" sind mit der neuen Wendung der Verhandlungen über die Regierungsbildung unzufrieden. „Temps" und „Journal des Débats" tadeln Briand, weil er erst versucht habe, die Finanzfrage von dem politischen Einfluß zu befreien, und weil er jetzt durch die Berufung Caillaux' der Regierung einen ausgesprochen politischen Charakter gebe.

Besondere Vollmachten für Caillaux.

Die Weigerung Poincarés.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 23. Juni. 4 Uhr nachm.

Briand und — was in diesem Falle ebenso wichtig ist — Caillaux haben heute mittag erklärt, die Regierung würde heute abend wahrscheinlich gebildet sein. Die Worte Caillaux' lauten: „Ich habe das Finanzministerium übernommen. Natürlich habe ich die Bedingungen gestellt, die zur Durchführung meiner Aufgaben unerläßlich sind. **Die wichtigste dieser Bedingungen ist: Erweiterung meiner Vollmachten.** Ich habe aber nichts dagegen einzuwenden, wenn ich diese Vollmachten mit meinem Freunde Briand teilen soll."

Mit Bedauern sprach Briand im Laufe des Tages von dem vergeblich gebliebenen Versuch, Poincaré für sein Ministerium zu gewinnen. Dieser Versuch sei an der entschiedenen Weigerung Poincarés gescheitert. Die Gründe Poincarés seien, von seinem Standpunkt aus betrachtet, vollkommen berechtigt gewesen. Es sei ungerecht, dem früheren Präsidenten der Republik falsche Motive zuzuschreiben. Der „Intransigeant" urteilt über die Haltung Poincarés schärfer als Briand. Der Chefredakteur Léon Balby schreibt: „Poincaré war für das Finanzministerium der geeignete Mann. Wenn er abgelehnt hat, weil er seine eigenen Chancen und die Interessen der Nation verkannte, dann muß man diese Haltung in seinem und in unserem Interesse bedauern. Für die weitere Entwicklung der Dinge ist jetzt Poincaré zum großen Teil verantwortlich." Dieses Urteil des „Intransigeant" ist zu vermerken, denn obwohl die öffentliche Meinung in Deutschland während der Krise mit ihrer Ansicht über die Auferstehung Poincarés taktvoll zurückgehalten hat, wird es nicht ausbleiben, daß bald in einem französischen Blatt zu lesen ist: bei dem Scheitern der Kandidatur Poincaré habe auch die Rücksicht auf Deutschland mitgewirkt. Der Artikel des „Intransigeant" beweist, daß diese Ansicht irrig ist. Poincaré ist an seinem eigenen Ehrgeiz und an der Ablehnung der gesamten Linken gescheitert.

Briand und Caillaux wollten Herriot im Kabinett haben. Man spricht von der Absicht, Herriot als Unterrichtsminister zu gewinnen. **Es war aber gleich unwahrscheinlich, daß sich Herriot zu diesem Opfer überreden ließe,** obwohl er einsehen mußte, daß ein Kabinett mit Briand, Caillaux und ihm tatsächlich eine Regierung wäre, die über das gewöhnliche Niveau hinausragt.

Wünsche für die Reichswehr.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Hans-Jürgen v. Kleist.

Wir veröffentlichen gern den folgenden, uns zur Verfügung gestellten Artikel. Bemerken möchten wir dazu aber, daß Volkstümlichkeit eines Heeres und herzliche Beziehungen zwischen einer Wehrmacht und dem Volke allerdings nicht — und auch sicherlich nach der Meinung des Verfassers nicht — in erster Linie vom guten Schnitt der Uniformen und von sonstiger „Aufmachung" abhängen. Die Erfüllung der Forderungen, die der Verfasser ausspricht, ist im Interesse der Reichswehrsoldaten zu wünschen. Aber die Volkstümlichkeit der Reichswehr — einer höchst anfechtbaren und uns aufgenötigten Heeresform — und die vertrauensvollen Beziehungen zum Volke sind nur zu schaffen, wenn Mannschaften und Offizierkorps sich selbst aufrichtig und verständnisvoll dem neuen Staate, der Republik, verbunden und verpflichtet fühlen, und wenn die republikanischen Volksmassen nicht mehr, angesichts immer erneuter Zwischenfälle und „Mißverständnisse", in einen Gegensatz zu der Reichswehr hineingedrängt werden. Dann wird auch der Reichstag leichter die Gelder für die Verbesserungen bewilligen, die der Verfasser des nachstehenden Artikels für notwendig hält. Ob es nicht möglich wäre, bereits mit den zur Verfügung gestellten großen Mitteln einen erheblichen Teil dieser berechtigten Wünsche zu erfüllen, bedarf der Nachprüfung.

Die Redaktion.

Es soll hier nur von Fragen gesprochen werden, die fast etwas „äußerlich" erscheinen könnten und doch sehr wichtig sind: von dem Eindruck der Reichswehr auf die Volksgenossen, nach außen. Anregung gibt mir dazu vor allem die Beobachtung ausländischer Heere auf vielfachen Reisen, darunter besonders das Studium des englischen Heerwesens. Gerade dieses Söldnerheer ist seinem Aufbau nach besonders geeignet, mit dem Reichsheer in Vergleich gestellt zu werden nach seiner Werbungsart und seiner Verwendung. Auch das englische Friedensheer soll ja mehr eine Garantie der inneren Ordnung und Sicherung der Grenzen als eine Offensivarmee gegen europäische Staaten sein. Für diesen letzteren Zweck stehen England allerdings seine Flotte und seine Luftkräfte zur Verfügung, im Gegensatz zu Deutschland. Auch die zeitweilige Verwendung der meisten Regimenter in den Kolonien und das ständige Wechseln der Garnisonen und Kasernen der Gardebataillone, das alle paar Monate in der Hauptstadt und den Nachbargrafschaften stattfindet, schafft natürlich eine praktische Erfahrung und eine Beweglichkeit, die wir nicht besitzen können. Aber was lehrt uns England durch die äußere Aufmachung und Volkstümlichmachung seiner Tommies?

Daß unsere zahlenmäßig bescheidenen 100 000 Mann wenigstens qualitativ hervorragend sein sollten an Körper, Auffassung und Charakter, ist eine natürliche Forderung. Die Auswahl erscheint leicht bei einem Volk von über 60 Millionen; leider ist dem nicht so. Man hat bei uns das Rekrutierungssystem in erster Linie in die Hand des Kompagnieführers gelegt, eine Lösung, die gewiß sehr gut sein kann. (Besonders wenn diese Kompagnieführer diese ihnen übertragene Befugnis nicht in Gemeinschaft mit den Führern staatsfeindlicher Verbände ausüben. Die Red.) In England schlägt man mehr die kaufmännische Reklametrommel. Besonders in Whitehall, dem Sitz des Kriegsministeriums, sieht man die großen, bunten Werbeplakate der Garderegimenter, auf denen ein eleganter, gutgekleideter Grenadier mit Sporttyp für seine Truppe „smarte Jungens sucht, die bei guter Verpflegung ein sportliches Leben führen wollen". Dazu Angabe der Gehälter (etwa einige 20 Mark höher als unsere Anfangsgehälter), der Größenmaße (in London gegen 1,70 m und mehr) und der Dauer der Verpflichtung (weniger als bei uns, da man vorher zu einer Art Reserve übertreten kann). Auf diesem instruktiven Werbeplakat, das den Vorzug hat, der Wahrheit zu entsprechen, sehen wir schon einige Anregungen für einen Vergleich: durchweg gute Erscheinungen, bestgemachte Kleidung, Sportbetrieb, hervorragende Verpflegung und leidlich genügendes „Taschengeld". Auch wir sollten versuchen, diese Minimalforderungen als Norm zu wählen. Das Volk kann verlangen, daß seine 100 000 Soldaten das beste für diese Zwecke geeignete Menschenmaterial darstellen, und andererseits muß der Soldat, der im Gegensatz zum früheren Ehrendienst jetzt den Soldatenberuf ergreift, neben hartem Dienst auch Freude, Anregung, geistige und körperliche Förderung sowie nach seinem Ausscheiden die gesicherte Möglichkeit des Weiterkommens haben. Nur so ist beiden Teilen gedient. Daß dieser Zustand etwa jetzt schon auch nur annähernd erreicht wäre, wird auch der aufrichtigste Bewunderer unserer Reichswehrleitung nicht behaupten wollen.

Nur wenige Punkte seien in dieser kurzen Anregung herausgegriffen. Zuerst der Sport. Wo kann man die Reichswehr beim großen Sport sehen? Gewiß beteiligen sich viele Offiziere und einige Unteroffiziere am Turnierreiten, gewiß wird es eher gefördert als gehindert, wenn Leute Fußball spielen wollen, es gibt sogenannte Sportoffiziere, aber das ist